Zeitschrift: Der klare Blick : Kampfblatt für Freiheit, Gerechtigkeit und ein starkes Europa

Herausgeber: Schweizerisches Ost-Institut

Band: 4 (1963)

Heft: 20

Rubrik: Mitteilungen

Nutzungsbedingungen

Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation

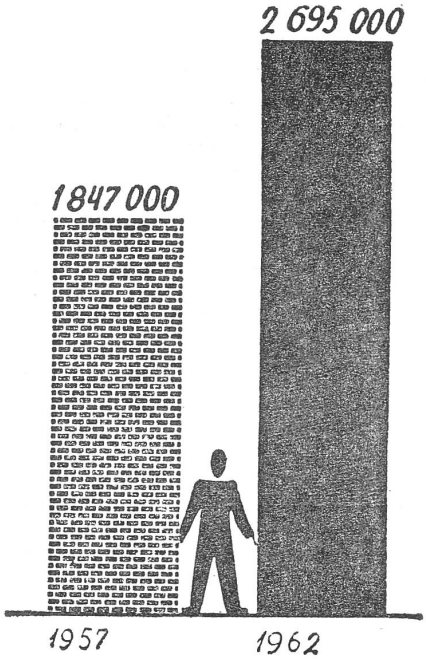
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use

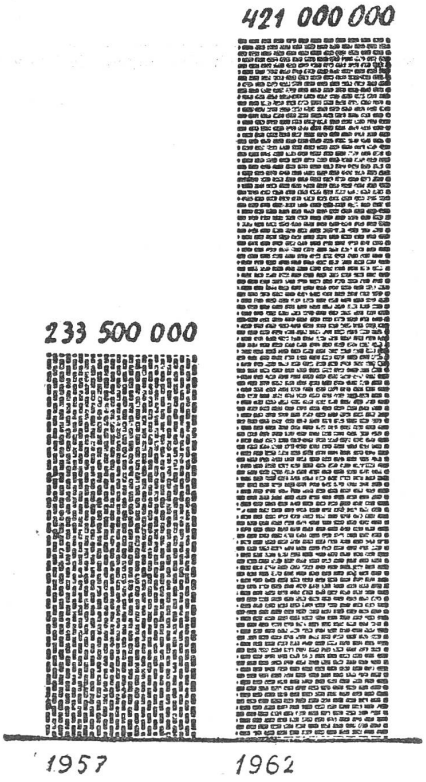
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 11.09.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch



Breitenentwicklung der Gewerkschaftsbewegung in Ungarn: Mitgliederzunahme (oben) und Zunahme der Mitgliedschaftsbeiträge (unten) zwischen 1957 und 1962. («Nepszabadsag», 7. Mai 1963)



werkschaftsorganisationen und -organe sind in der Parteispitze vollständig eingeschmolzen. Um die Verschmelzung von Partei und Gewerkschaft in den oberen Gewerkschaftsorganen vollkommen zu gewährleisten, hat der XI. Kongress der KP von Russland schon anfangs der zwanziger Jahre angeordnet, dass Sekretäre und Präsidenten der zentralen Gewerkschaftsorgane als Parteimitglieder über eine bestimmte Parteipraxis verfügen müssen.

Für die Mitglieder des Präsidiums der Gewerkschaftsverbände ist eine Parteimitgliedschaft von mindestens drei Jahren strikte Bedingung. Für die Mitglieder der Gebietssowjets der Gewerkschaften ist eine Parteimitgliedschaft von mindestens zwei Jahren, für die Sekretäre und Präsidenten dieser Gewerkschaftssowjets von mindestens drei Jahren erforderlich. Der X. Kongress der KP von Russland erklärte in einem Beschluss, dass «wenn die Partei auf die leitenden Posten der Gewerkschaftsbewegung solche Funktionäre, Organisatoren und Wirtschaftsfachleute stellt, welche die besondere Bedeutung der Produktionsaufgaben vollständig begreifen, sie auch darauf zu achten haben, dass die erwähnten Eigenschaften mit Hingabe dem Kommunismus gegenüber verbunden werden». «Die Auswahl der führenden Persönlichkeiten der Gewerkschaftsbewegung soll selbstverständlich unter der leitenden Kontrolle der Partei erfolgen», — hiess es im Beschluss des erwähnten Parteikongresses.

Die feste Leitung und Kontrolle der Gewerkschaften ist für die Partei u.a. deshalb so wichtig, weil — wie Parteibeschlüsse es öfters betonten — die Organe der Industrieverwaltung aller Stufen in Uebereinstimmung mit den entsprechenden Gewerkschaftsorganen errichtet werden. Die Wirtschaftsleiter sollen auch durch die Gewerkschaften portiert werden.

Diese Bestimmungen gelten seit dreissig Jahren ununterbrochen und überall, wo die kommunistische Partei die Macht an sich greift. *(Fortsetzung folgt)*

Sowjetzonen-Gewerkschaft nur Hilfsorgan der staatlichen Leitung

Für eine Verbesserung der gewerkschaftspolitischen Arbeit in den staatlichen Organen hat der Bundesvorstand der Sowjetzonen-Gewerkschaften der Gewerkschaft Staatliche Verwaltungen eine enge Zusammenarbeit mit den zentralen staatlichen Organen, vor allem mit dem Büro des Ministerrates, empfohlen.

Die Gewerkschaft Staatliche Verwaltungen soll sich, wie es in einem Beschluss des Sekretariats des FDGB-Bundesvorstandes. heisst, an der Schaffung eines einheitlichen Systems der Aus- und Weiterbildung der Mitarbeiter des Staatsapparates sowie der «sozialistischen» Rationalisierung der Verwaltungsarbeit beteiligen. Die Zusammenarbeit soll auch die Regelung von Fragen der Lohn- und Arbeitsbedingungen der Mitarbeiter des Staatsapparates beinhalten.

Die Gewerkschaftsfunktionäre werden noch einmal darauf hingewiesen, dass allein die staatlichen Leiter für die ideologische und fachliche Ausbildung der Mitarbeiter im Staatsapparat verantwortlich sind. Aufgabe der Gewerkschaft sei es, «die staatlichen Leiter bei der Ein- und Durchführung eines einheitlichen Systems der ideologischen und fachlichen Aus- und Weiterbildung zu unterstützen, indem sie die Auswahl und Vorbereitung der Kader für das zweckentsprechende Studium unterstützen und ihnen bei der Vorbereitung und Durchführung ihres Studiums helfen».

Geschichte

Sowjetunion

Lenin als Appeasement-Politiker

Vor 43 Jahren war Lenin bereit, die strategisch wichtige Halbinsel Kamtschatka für 60 Jahre an die Vereinigten Staaten zu verpachten. Den Amerikanern sollte nicht nur die wirtschaftliche Nutzung der Bodenschätze sondern auch die Errichtung von Heeres- und Flottenstützpunkten auf der im nördlichen Pazifik gelegenen Halbinsel gestattet werden. Das geht aus einem bisher geheimgehaltenen Dokument über eine Sitzung der bolschewistischen Parteiführung vom 21. Dezember 1920 hervor, das jetzt in der Moskauer Parteizeitschrift «Kommunist» veröffentlicht wurde. Der Sinn dieser Enthüllung ist offenkundig, da zur gleichen Zeit in der Moskauer «Prawda» ein ganzseitiger Artikel erschien, in dem Zitate aus Lenins Schriften und Reden zur Rechtfertigung der Politik Nikita Chruschtschews herangezogen werden. Auch gegen der Vorwurf der chinesischen Parteiführer, Chruschtschew betreibe mit seiner «Politik der friedlichen Koexistenz» nur «Appeasement» gegenüber dem Westen, wusste die «Prawda» eine These Lenins anzuführen. Sie verweist darauf, dass Lenin stets darauf gedrungen habe, «dem Zickzack-Pfad der geschichtlichen Entwicklung zu folgen» und die kommunistische Taktik entsprechend anzupassen. Lenin behauptete damals: «Unsere Partei beherrscht diese Kunst (der taktischen Anpassung) meisterhaft.» Nikita Chruschtschew möchte seinen Kritikern in Peking klarmachen, dass auch er nur Lenins Rezept anwendet und keinesfalls das alte Ziel der kommunistischen Weltherrschaft aufgegeben hat.

Rumänien

Wer hat Rumänien «befreit»?

Die Spannungen zwischen Moskau und Bukarest (siehe KB, Nr. 19) äussern sich auch in einer neuen Geschichtsschreibung. Rumänien will sich von der nationalsozialistischen Diktatur (die natürlich «faschistisch» genannt wird) jetzt selber befreit haben, statt weiterhin nur der Sowjetunion für die Befreiung danken zu müssen. Dabei steht die neue Version sogar im Widerspruch zur rumänischen Verfassung, wo die Gründung der Volksrepublik als Folge der «Befreiung Rumäniens durch die ruhmreiche Sowjetarmee» dargestellt wird.

Die Zeitschrift «Analele Institului de istorie a partidului de pe linga C.C. al P.M.R.» ein Organ des «Instituts für die Geschichte der Partei» hat eine, für kommunistische Verhältnisse sehr gewagte Kritik am Buch «Die Aussenpolitik Hitler-Deutschlands» des sowjetischen Historikers Uschakow geübt. Das Buch ist 1961 in Moskau erschienen und erwähnt unter andern Fragen die «Befreiung» Rumäniens im August 1944 durch die Sowjetarmee. A. Niri, der rumänische Kritiker Uschakows bezeichnet diese Darstellung als einen «fundamentalen Fehler des Autors.

Niris Auffassung nach (die mit der Auffassung des rumänischen Zentralkomitee übereinstimmt, weil sie in seinem Blatt veröffentlicht wurde) hat Uschakow die Tatsache übergangen, dass es im August 1944 einen

von der Kommunistischen Partei Rumäniens organisierten Aufstand gegeben habe, «welcher das faschistische Antonescu-Regime stürzte, und die Umkehr der Waffen gegen Deutschland und die Teilnahme unseres Landes an der Vernichtung des hitlerischen Deutschlands bewirkte». (Beim Aufstand machte die KP tatsächlich nur als Minorität mit; Antonescu selbst wurde auf Geheiss des Königs verhaftet.)

Das Buch Uschakows enthält nach Niri noch andere «Fehler». Es werde fälschlich erwiesen behauptet, dass Marschall Antonescu «von einer neuen Regierung» in Haft genommen worden oder von der «Kommandatur der sowjetischen Truppen» gefangengenommen worden sei...

Niri behauptet dagegen, «in Wirklichkeit» sei in Rumänien ein bewaffneter Aufstand nach einem von der RKP ausgearbeiteten Plan am Nachmittag des 23. August 1944 mit der Verhaftung des Marschalls Antonescu eingeleitet worden. Antonescu und seine Minister seien von der KP bis Anfang September festgehalten und dann den einmarschierenden Sowjettruppen übergeben worden. Diese Behauptung Niris entbehrt jeglicher Grundlage, weil nach den vergeblichen Waffenstillstandsangeboten an die Westmächte sich König Michael zur Verhaftung Antonescus und zum Bruch mit Deutschland entschlossen hatte.

Die neueste rumänische «Selbstbefreiungsthese», die in scharfem Widerspruch zur sowjetischen «Befreiungstat» steht, wurde am 9. Mai anlässlich des Sieges über den Hitlerfaschismus in allen rumänischen Presseorganen wiederholt: «Seine wahre Unabhängigkeit errang Rumänien erst durch den bewaffneten Aufstand vom August 1944, den das rumänische Volk unter der Führung seiner Kommunistischen Partei — des begeisterten Vorkämpfers für nationale und soziale Befreiung — siegreich durchführte und damit das Vaterland vom faschistischen Joch befreite... Infolge der Kampfhandlungen Rumäniens konnten die faschistischen Truppen ihren Widerstand in Südmoldau, in den Karpaten und im Westgebirge nicht verlängern...»

Diese «These» widerspricht nicht nur den sowjetischen Darstellungen, sondern auch der rumänischen Verfassung, wo es heisst: «Die Rumänische Volksrepublik entstand als Ergebnis des historischen Sieges der Sowjetunion über den deutschen Faschismus und der Befreiung Rumäniens durch die ruhmreiche Sowjetarmee.»

Die neueste rumänische «Befreiungstheorie» geht aber noch weiter: «An der Seite der Sowjetarmee befreiten die rumänischen Divisionen das Territorium Rumäniens und hatten einen bedeutenden Anteil an der Offensive zur Befreiung Ungarns und der Tschechoslowakei; sie drangen 1000 Kilometer in das vom Feind besetzte Gebiet ein.» Also, die Ungarn und die Tschechoslowakei können eigentlich die Rumänen als ihren Mitbefreier verehren und die entsprechende Verfassungsstelle korrigieren lassen.

Diese rumänische Kritik wäre vor kurzem noch undenkbar gewesen. Die Auffassung des rumänischen Zentralkomitees der Partei sieht aber jetzt die Zeit für gekommen, dass gegenüber der Sowjetunion die «Selbstbefreiung» Rumäniens zu verkünden — 18 Jahre nach der Befreiung!

Curriculum der Woche

EMIL BODNARAS

Der rumänische Parteisprecher erregte mit seiner Erklärung «völlige Gleichberechtigung» und «strenge Einhaltung der nationalen Souveränität» in den Beziehungen zwischen den kommunistischen Staaten beträchtliches Aufsehen (siehe auch KB, Nr. 19). Er ist Mitglied des Politbüros und einer der stellvertretenden Ministerpräsidenten.

Geboren 1904 in Jaslowat, Bukowina (heute zur UdSSR gehörend) als Sohn eines ukrainischen Vaters und einer deutschen Mutter. Muss aus finanziellen Gründen seine Studien abbrechen und tritt 1925 in die Abteilung Artillerie der Militärakademie Bukowina ein. 1930 Eintritt in ein Artillerieregiment, von

dem er 1932 nach der Sowjetunion desertiert, nachdem er anscheinend schon früher Kommunist geworden war. 1933 kehrt er mit einem Geheimauftrag nach Rumänien zurück, wird aber verhaftet und zu fünf Jahren Gefängnis verurteilt. Drei Jahre später entweicht er nach der Sowjetunion, wo er das Bürgerrecht erhält und in der Moskauer Schule für Geheimpolizei ausgebildet wird. Bis 1944 scheint er die Sowjetunion nicht mehr verlassen zu haben.

Im April 1944 kehrt Bodnaras nach Rumänien zurück und nimmt Kontakt mit dem Kommunistenführer Patranescu (1954 wegen Hochverrat hingerichtet) auf. Massgebend an der Subversion gegen die erste demokratisch geleitete Regierung nach der Befreiung beteiligt. Bis März 1945, als die sowjetische Besatzungsmacht ein kommunistisch kontrolliertes Regiem unter Groza aufstellen, figuriert Bodnaras als Verbindungsmann zwischen den Sowjettruppen und der rumänischen KP. 1945 wird er Generalsekretär im Präsidium des Ministerrates, 1947 Verteidigungsminister.

Nach der Ausrufung der Volksrepublik Rumänien am 30. Dezember 1947 geht seine Karriere weiter. Im Februar 1948 wird er Mitglied des Politbüros, nachdem er seit 1944 dem Zentralkomitee der Partei angehört hatte. Seit den «Wahlen» vom März 1948 Parlamentsmitglied (mehrmals bestätigt, letztmals 1961). Am 30. Dezember 1948 wird er zum Generaloberst befördert.

Bodnaras übersteht 1952 die Säuberung jüdischer und Komintern-Mitglieder des Politbüros. 1955 wird er erster stellvertretender Ministerpräsident, gibt aber gleichzeitig seinen Posten als Verteidigungsminister auf. Im März 1957 zum Transportminister ernannt, zwei Jahre später aber von seinen Regierungsaufgaben befreit (nachdem Parteichef Gheoghiu-Dej das Transportministerium heftig kritisiert hatte), um sich Planungsaufgaben zu widmen. Seine Stellung im Politbüro wird aber in den folgenden Jahres bestätigt und eher gestärkt. Auch ist er seit Herbst 1961 der einzige rumänische Offizier im Range eines Armeegenerals.

Da Bodnaras seiner Laufbahn entsprechend als ausgesprochener Mann Moskau zählt, entbehrt es nicht der Ironie, dass die Partei gerade ihn zum Sprecher für rumänische Sonderwünsche an den Rat für Gegenseitige Wirtschaftshilfe (RGW) machte.

Erziehung

UdSSR

Das Schulwesen in Georgien

Vor dem neugewählten Obersten Sowjet Georgiens erstattete Ende April der Unterrichtsminister Laschkaraswilli seinen Bericht, der unter anderm folgende Mitteilungen enthielt (laut «Sarja Wostoka», Tiflis, 28. April):

Es gibt in Sowjetgeorgien 4249 Schulen, davon : 1908 Volksschulen, 1255 Achtjahresschulen und 1086 Mittelschulen. Die Anzahl der Schüler in diesen Schulen beläuft sich auf 750 519. Das Parteiprogramm ordnet an, dass durch den unentgeltlichen, obligatorischen, allgemeinen und polytechnischen Unterricht alle Kinder unter 17 Jahren erfasst werden müssen. Zirka 75 000 Schüler der höheren Klassen der Mittelschulen haben zirka 100 Berufe erlernt (es handelt sich um die humanistischen Mittelschulen).

Als negative Erscheinung erklärt der Unterrichtsminister, dass nicht alle Kinder im schulpflichtigen Alter erfasst werden können. Es gibt viele Schüler, welche vor Beendigung der Achtjahresschule diese verlassen. Die Mädchen heiraten im minderjährigen Alter. Auch die kommunistischen Eltern gehen nicht mit guten Beispiel voran. Die Anzahl der Schulinternate beträgt 207 mit 6650 Kindern. Davon werden 1897 Kinder auf Staatskosten verpflegt (28 Prozent). Die schlechten Zustände haben aber zur Folge, dass viele Kinder aus den Schulinternaten flüchten. Beinahe alle Schulinternate sind in ungeeigneten Räumlichkeiten untergebracht. — Die Anzahl der Kinderheime beträgt 25 mit 2300 Waisen und verwahrlosten Kindern. Die Unterrichtserfolge sind nicht gut. 8,8 Prozent der Schüler wurden nicht promoviert, und ein Teil der nichtpromovierten Kinder erschien im nächsten Jahr nicht in der Schule. — Die Anzahl der Lehrer belief sich auf 59 500. Davon haben 32 500 Hochschulbildung.

Justiz

Polen

Welle der Planfälschung

Polen will sich — einmal mehr — gegen ein Delikt wappnen, das grosse Dimensionen anzunehmen droht: Die Fälschung der Planberichte.

Wie die Zeitung «Kurier Polski» (8.5.1963) berichtet, nehmen die Fälschungen der Planberichte laufend zu. Eine der häufigsten Wirtschaftsdelikte ist die Fälschung der Berichte über die Planerfüllung, besonders, wenn für die Uebererfüllung des Planes Prämien in Aussicht gestellt werden. Die diesbezüglichen Missbräuche und Verbrechen werden aber verhältnismässig selten aufgedeckt und die Behörden über die Fälschungen in Kenntnis gesetzt. Mit der Aufdeckung der Wirtschaftsverbrechen diesen Charakters befassen sich vor allem die Organe der äusseren Kontrolle, die Organe der Obersten Kontrollkammer und diejenigen der Inspektionen der Arbeiterkontrolle.

Diese Organe haben aber ungenügende Arbeitskräfte und haben viele andere Aufgaben, so dass sie diesen wichtigen Delikten keine genügende Aufmerksamkeit schenken können. Es ist also kein Zufall, dass die Fälschungen der Betriebe ständig zunehmen. Das Blatt wirft den Vorschlag auf: Ausser den oben erwähnten Kontrollorganen sollte ein neues Organ errichtet werden, das sich ausschliesslich mit der Kontrolle der Planerfüllung und der Planberichte beschäftigen sollte.

Schon im Mai 1959 hat die Verordnung des Ministerrates Nr. 187 ein innerbetriebliches Kontrollorgan aufgestellt, dessen Hauptaufgabe ist, die richtige Wirtschaftsführung, die tadellose Bewirtschaftung zu kontrollieren.

Die Fälschung der Planberichte stösst gegen den Art. 287 des «kleinen Strafgesetzbuches». Dieser Artikel sieht für dieses Delikt Freiheitsstrafen bis 5 Jahre vor. Falls aber der Berichterstatter sich damit materielle Vorteile sichern wollte, erhöht sich die Strafe auf 10 Jahre. Auch der Entwurf des neuen Strafgesetzbuches sieht für die Delikte diesen Charakters scharfe Strafen vor.

Bevölkerung

SBZ

Kleine Rechenfehler

Die Zahlen westdeutscher Einwanderer in die SBZ steigen beständig, so insbesondere von 3100 innerhalb von zwei Monaten im letzten Jahr auf 200 pro Woche in diesem Jahr. Diese seltsame Mathematik ergibt sich aus statistischen Angaben der sowjetzonalen Presse.

Es vergeht kaum eine Woche, in der nicht die SED-Zeitungen oder der Zonen-Rundfunk Flüchtlinge aus Westdeutschland vorstellen. Als Motive ihrer Uebersiedlung in die «DDR» werden regelmässig Unzufriedenheit mit der «aggressiven» Bonner Politik, Existenzangst und soziale Unsicherheit genannt. Anfang April meldete die Zonenagentur ADN, dass durchschnittlich im Monat 2000 Westdeutsche in die «DDR» kämen.

Schon seit Jahren behauptet die SED-Propaganda, dass die Zahl der Uebersiedler aus Westdeutschland ständig steige. Sie setzt sich dabei allerdings wiederholt in Widerspruch zu ihren eigenen Angaben. So hat z. B. das «Neue Deutschland» am 5. 9. 1962 gemeldet, dass die Zahl derer, die «dem Adenauer-Regime und der Frontstadt Westberlin den Rücken kehren», besonders in den letzten Wochen gestiegen sei. Allein in den Monaten Juli und August 1962 seien 3100 Rückkehrer und Flüchtlinge aus Westdeutschland in die «DDR» gekommen. Sechs Monate später berichteten die Zonen-Zeitungen erneut von einem starken Anstieg der Zahl der Umsiedler, die Anfang 1963 jeweils über 200 pro Woche betragen haben soll. Offenbar hatte die SED-Propaganda inzwischen ihre eigenen Zahlen, die sie einige Monate früher erfunden hatte, vergessen. Andernfalls hätte ihr kaum der Fehler unterlaufen können, die Zahl von 200 Zuwanderern pro Woche als einen Anstieg gegenüber 3100 Umsiedlern in zwei Monaten zu bezeichnen.

Auch stellen die Zahlenangaben im «Jahrbuch der DDR» die Behauptung der SED über das «ständige Anwachsen der Flüchtlinge aus Westdeutschland» als Propagandalüge bloss. Die vom Jahrbuch für die Jahre 1959 und 1958 genannten Zahlen von rund 63 000 und 54 000 Umsiedlern übersteigen bei weitem die neuerdings genannten Zahlen von 2000 «West-Flüchtlingen» im Monat bzw. 200 Umsiedlern pro Woche.

In Wirklichkeit weisen die Indizien auf eine stetig rückläufige Zahl der «Umsiedler» (zum Teil Rückkehrer, zum Teil anscheinend auch von Strafverfolgung — zum Beispiel wegen Sittlichkeitsvergehen — bedrohte Personen) hin. Westlicherseits können mit Sicherheit keine Zahlen genannt werden.

Im Gegensatz zum SED-Regime, das die ihm unterworfenen Menschen durch Verbote und Strafen wegen Republikflucht am Verlassen seines Machtbereichs hindert, wird in der Bundesrepublik die im Grundgesetz garantierte Freizügigkeit geachtet. Jeder Bürger, der nicht strafrechtlich verfolgt wird, kann die Bundesrepublik verlassen, ohne jemandem Rechenschaft darüber ablegen zu müssen, wohin er geht.

Die Zahl der Umsiedler kann also nur auf Grund von Beobachtungen geschätzt werden. Nach Angaben des Bundesministeriums für gesamtdeutsche Fragen hat ihre Zahl in den letzten Jahren ständig abgenommen; während 1960 noch rund 24 000 Personen in die Zone gegangen sind, waren es 1961 nur noch etwa 16 000. 1962 betrug die Zahl der Umsiedler und Rückkehrer nur noch 8000 bis 9000.

Energiewirtschaft

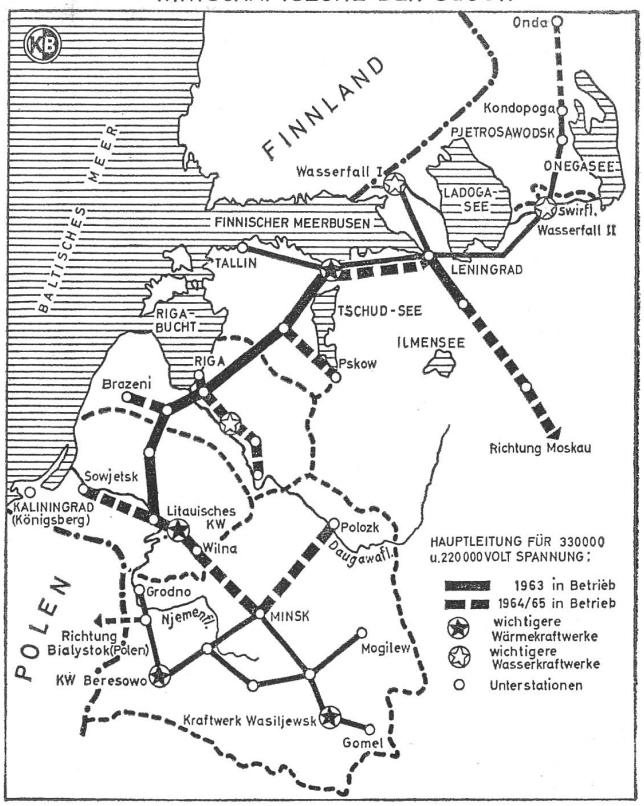
UdSSR

Baltische Einheit

Etappenweise werden in der Sowjetunion einheitliche Energiesysteme errichtet, die dann untereinander verbunden werden sollen. Dieses wirtschaftliche Unternehmen folgt übrigens den ideologisch fundierten Anweisungen Lenins, welcher der Elektrifizierung des Landes einen in grossen Zügen festgelegten Entwicklungsplan gab, der im Rahmen des Aufbaus eines «sozialistischen Staates» seinen Platz einnimmt.

Das vereinigte Energiesystem der nordwestlichen Wirtschaftszone der Sowjetunion wurde im Oktober 1961 errichtet und erfährt in diesem und dem kommenden Jahr seinen starken Ausbau, wie aus unserer Karte (nach «Sowjetskaja Latwija») ersichtlich ist. Das System reicht über die drei baltischen Sowjetrepubliken hinaus und umfasst noch das Gebiet Leningrad, den südlichen Teil von Karelien und das zum Gebiet Kaliningrad (Königsberg) gewordene Ostpreussen.

VEREINIGTES ENERGIESYSTEM NORDWESTLICHE WIRTSCHAFTSZONE DER UdSSR



Bis zum Ende des laufenden Siebenjahresplanes, 1965, soll das weissrussische energetische System angeschlossen werden. Nach der Vereinigung würde das System rund eine Million Quadratkilometer umfassen und 22 Millionen Einwohner bedienen.

Wirtschaft

UdSSR/China

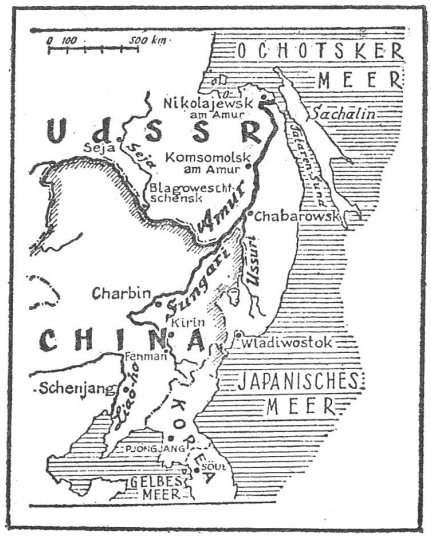
Gemeinschaftsprojekt

Eineinhalb Monate vor der sowjetisch-chinesischen Gipfelkonferenz in Moskau zur Bereinigung der schwerwiegenden Differenzen nehmen Gemeinschaftsprojekte der beiden Grossmächte besonderes Interesse in Anspruch. Vor kurzem wurde der «Abschluss von Gemeinschaftsforschungen» für ein Grossprojekt am Amur verkündet, das schon deshalb ausserordentlich wichtig wäre, weil im Zusammenhang damit Kanalbauten hergestellt würden, welche eine Verbindung vom Amur bis zum Japanischen Meer eröffnen können. Wie weit die gemeinsam betriebene Vorarbeit zu einem Gemeinschaftswerk führen wird, ist noch ungewiss, da nur von der Arbeitsaufnahme auf sowjetischer Seite die Rede ist.

Vor kurzem haben darnach bei der sowjetischen Stadt Zeja am chinesisch-sowjetischen Grenzfluss Amur die Vorbereitungsarbeiten des ersten Kraftwerkes des Amurgebietes begonnen. Nach den Berechnungen der Fachleute soll dieser 3000 km lange Strom mit seinen Nebenflüssen die geplanten 60 Md. kWh Elektroenergie um die Hälfte billiger liefern als die Wolga, die gegenwärtig billigste Energiequelle der UdSSR.

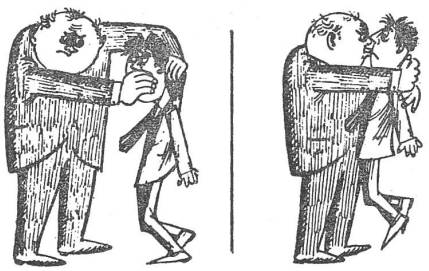
Zur Erforschung des geologisch unbekannten Amurgebietes wurde auf Grund eines Abkommens vom Jahre 1956 eine gemeinsame sowjetisch-chinesische Forschungsgruppe gebildet, an der sich um die 700 Fachleute der beiden Länder beteiligten.

Die Koordinierung und Leitung ihrer Arbeit wurde einem speziell für diese Tätigkeit errichteten «Vereinigten Wissenschaftlichen Rat» überantwortet, der seine Betätigung im vergangenen Jahr beendet hat. Auf Grund der Ergebnisse soll die bisherige Ueberschwemmungsgefahr am Amur gebannt sowie zwischen dem Oberlauf des chinesischen Flusses Sungari und dem Liao Ho eine Kanalverbingung geschaffen werden, womit sich ein neuer Transportweg vom Amur bis zum Gelben und Japanischen Meer eröffnet. Ob die Forscher ihre Arbeiten tatsächlich beendet haben oder ihre Tätigkeit infolge der politischen Spannungen eingestellt worden ist, geht aus den Berichten nicht hervor.



Methoden zur Unterdrückung der Kritik: Veraltetes System (links) und modernisiertes System (rechts). Die Zeichnung stammt aus der polnischen satirischen Zeitschrift «Szpilki» und wurde anlässlich einer Ausstellung polnischer Karikaturen in Moskau von «Krokodil» nachgedruckt.

Das Motiv lässt sich leicht auf die Methoden zur Unterdrückung der Meinungsfreiheit überhaupt anweden und illustriert dann ganz gut die allgemeinen Unterschiede zwischen der Epoche Stalins und der Aera Chruschtchew. Was ändert, ist die Form, was bleibt, ist das Wesen des Systems (vergl. auch Leiter, KB, Nr. 12).



Unterhaltung

Bulgarien

Schiwkoff und der Twist

In Bulgarien hat das Frostwetter für Kulturschaffende nahezu noch unvermittelter eingesetzt als in der Sowjetunion (vergl. KB, Nr. 17). Parteichef Schiwkoff versucht die Linie des «sozialistischen Realismus» auch auf dem Unterhaltungssektor wieder zu gewinnen, wo sie namentlich durch die westlichen Tänze — und insbesondere den Twist — gefährdet ist, wie übrigens auch im übrigen Ostblock (siehe KB, Nrn. 12 und 13). So berichtete er auf einer Konferenz für Kulturschaffende über eine Zirkusvorstellung:

«Die Studierenden zahlreicher Bildungsstätten, vor allem in den grösseren Städten — aber nicht nur in diesen — tanzen diese perversen westlichen Tänze», führte er aus. «... Diese jungen Männer und Mädchen halten alle, die keine Lust zu diesen Tänzen haben oder nicht eine genügende Anzahl von ihnen beherrschen, für zurückgeblieben und altmodisch.»

Schiwkoff wies warnend darauf hin, dass sich an den Schulen und Universitäten eine Elite herauszubilden beginne, die diese «dekadenten Tänze» beherrsche und sich nach westlicher Art kleide.

Und dann sprach er von der ständigen Furcht der Kommunisten vor unkontrollierbaren, privaten Zusammenkünften: «Sie wissen wahrscheinlich, dass in Sofia und einigen anderen Städten private Tanzpartys veranstaltet werden, auf denen diese perversen Tänze getanzt werden. Wir müssen unbedingt Massnahmen ergreifen, um den Studenten und allen Jugendlichen eine gesunde Art der Unterhaltung zu bieten.»

Schiwkoff ist davon überzeugt, dass hinter allem sich eine Aenderung der Taktik der Imperialisten verbirgt.

«Was ist das Neue an dieser Taktik?», fragt er und gab sich selbst die Antwort: «Sie versuchen uns mit allen Mitteln zu hintergehen und bedienen sich dazu einer weiten Koexistenz der Ideologien, einer Literatur und Kunst, die nichts mehr mit der Wirklichkeit gemeinsam haben und den politischen und sozialen Problemen entfremdet sind ...»

«Es waren Tanzpaare auf Schlittschuhen zu bewundern. Dann trat eine Tänzerin auf, die 10 Minuten lang den sensationellen westlichen Tanz ‚Twist' vorführte. Nach der Vorstellung kamen die Genossen von der Zirkusleitung zu mir. Ich fragte sie: ‚Warum gestatten sie solche Darbietungen? Die Tänzerin, die hier unanständig twistet, wird dafür bezahlt — und sie werden dafür bezahlt, die korrekte Linie einzuhalten, die korrekte ästhetische Linie, hier im Zirkus, und nicht dafür, dass sie die Jugend vergiften'.»

Dass der Tanz dennoch seine Erfolge aufweist und sogar ein Verbot der kommunistischen Jugendorganisation zu überleben vermochte, zeigen zahlreiche Pressestimmen und Kommentare.

Wie man die Jugend zur Landarbeit anlockt, demonstriert diese Zeichnung von «Starschel» (Sofia). Gleichzeitig zeugt sie für die Unbeliebtheit der «freiwilligen Aufbauarbeit auf dem Lande» und für die um so grössere Beliebtheit westlicher Tänze.

YEMEN

Was wird die Rolle Yemens bei der umstrittenen Neugestaltung der Vereinigten Arabischen Republik sein? Unser Diskussionsbeitrag beschäftigt sich mit den Verhältnissen in diesem immer noch ungewissen Land.

J. M. Die diplomatische Anerkennung der Republik Yemen durch die Vereinigten Staaten und Westdeutschland wird da und dort als zumindest verfrüht, wenn nicht überhaupt verfehlt angesehen. Um die Beweggründe zu verstehen, die diese Regierungen veranlassten, den Iman fallen zu lassen und das neue Regime anzuerkennen, das zwar nicht als kommunistisch, aber bestimmt auch nicht als dem Westen wohlgesinnt bezeichnet werden kann, müssen die spezifischen Umstände erwähnt werden, die zu den Ereignissen führten.

Das mittelalterliche Erbe

Die Offiziersrevolte war hauptsächlich auf wirtschaftliche, zu einem kleineren Teil auf persönliche Motive zurückzuführen. Die älteren Offiziere stammten noch von den britisch geleiteten Militärschulen im Irak, die jüngeren sind in Aegypten geformt worden, beide Kategorien waren von der Notwendigkeit politischer und wirtschaft-

licher Reformen überzeugt. Weder der kurz vor Ausbruch der Ereignisse verstorbene Herrscher, noch sein Nachfolger waren bei der Armee beliebt.

Die Verwaltung des Landes zeigt noch ganz mittelalterliche Züge, es besteht nicht nur keine Verfassung, sondern selbst die Zolltarife existieren nur in handgeschriebener Form. Ebensowenig gibt es ein Budget; die Gesamteinnahmen Yemens werden auf etwa 65 Millionen Schweizer Franken geschätzt. Die Ausgaben des Imans für seine Hofhaltung, rund 700 Maria-Theresia-Taler pro Tag oder etwa 2300 Schweizer Franken, mag dem armen yemenitischen Bauern verschwenderisch vorkommen, sind jedoch im Vergleich zu saudiarabischen Massstäben und unter Berücksichtigung der orientalischen Gastfreundschaft und Pflege der Stammes-Beziehungen tatsächlich als durchaus vertretbar zu bezeichnen. Schlimmer ist der Umstand, dass die vorhandenen Geldmittel oft unüberlegt und unzweckmässig verwendet wurden, so dass die Masse des Volkes bei einer bis zu 85prozentigen Kindersterblichkeit nach wie vor in grosser Armut lebt. Erst drei Städte, Saana, Hoddeida und Taisz verfügen gegenwärtig über elektrischen Strom, das Strassennetz besteht im wesentlichen aus der Verbindung Hoddeida—Saana, und Industrie gibt es überhaupt keine. Dabei sind die wirtschaftlichen Voraussetzungen in Yemen trotz des Mangels an Bodenschätzen relativ günstig, war dieses Gebiet doch schon im Altertum als «Arabia felix» bekannt und exportiert auch heute noch, trotz total veralteter Methoden, Getreide, Kartoffeln und Gemüse. Am Hofe des Imans waren, abgesehen von arabischen Staaten, nur die USA, England, Italien und die Bundesrepublik Deutschland, ferner die Sowjetunion und China diplomatisch direkt vertreten. Die Italiener unterhalten ein Spital, die Westdeutschen eine landwirtschaftliche Schule, während eine ostdeutsche Handelsmission nach Absprung von einem Zahnarzt und einer Frauenärztin kaum noch arbeitsfähig ist.

Sowjetische und chinesische Präsenz

Die Sowjetrussen bauten bekanntlich den Hafen Hoddeida aus, der nunmehr entweder einen 10 000-BRT-Frachter und ein paar Küstenschiffe oder aber drei etwa 3000-BRT-Schiffe gleichzeitig am Pier aufnehmen kann. Die Leistungsfähigkeit ist also gering, mag aber für die yemenitischen Bedürfnisse vollauf genügen. Unangenehmer ist der Umstand, dass der Hafen einer stetigen Versandung ausgesetzt ist und in mehr oder weniger grossen Zeitabständen wieder ausgebaggert werden muss. Ferner hatten die Sowjets Yemen noch vor Ausbruch der Revolte 24 Yak-Schulflugzeuge, drei Helikopter und drei Zollboote sowie anderes leichtes Kriegsmaterial zur Verfügung gestellt, ferner einige Piloten und Instruktoren. Der Iman scheint allerdings seiner Luftwaffe nie getraut zu haben, da die YAK's in Höhlen versteckt und nie gebraucht wurden, bis es zu spät war.

Die Chinesen bauten die Strasse Hoddeida—Saana mit Hilfe von etwa 600 Kulis und 1200 yemenitischen Arbeitern. Im übrigen hatten sie seinerzeit den jetzigen Iman, als er noch Thronfolger war, in Peking glänzend empfangen. Dieser Umstand sowie ähnliche Empfänge in Moskau und Pankow, die im Gegensatz zu kühleren, der tatsächlichen Bedeutung Yemens eher angemessenen Empfängen in einigen westlichen Hauptstädten standen, trugen entscheidend dazu bei, dass sich der alte Iman weitgehend mit den kommunistischen Staaten kompromittierte. Sein Nachfolger erntet nunmehr die Konsequenzen dieser kurzsichtigen Politik. Da Yemen kein Erdöl produziert, scheinen die Amerikaner hier wie auch in Somalien und dem Sudan keine besonders grossen Anstrengungen unternommen zu haben, um den politischen, wirtschaftlichen und militärischen Einfluss der Sowjetunion zu bekämpfen, obwohl es ja auch in den USA nicht an veraltetem Kriegsmaterial fehlt, das verschenkt werden könnte. Die Amerikaner ziehen es jedoch vor, diesen unterentwickelten Ländern Geld und wirtschaftliche Hilfe anzubieten, statt Waffen, die sie kaum brauchen und oft gar nicht verwenden können. Leider können diese Staaten jedoch oft dem mit dem Erwerb relativ modernen Kriegsmaterials verbundenen vermeindlichen Prestigeerolg nicht widerstehen, so dass auch die Russen auf diesem Umweg zu einer Einflussnahme gelangen. Zudem versucht die Sowjetunion offensichtlich, Saudiarabien, das den Amerikanern viel näher steht als den Yemen, von Norden und Süden her zumindest politisch, wenn nicht sogar militärisch zu umklammern und dadurch letzten Endes für den Zersetzungsprozess reif zu machen. Die Amerikaner wiederum sehen sich dem Dilemma gegenüber, entweder reaktionäre, korrupte und wenig leistungsfähige Feudalsysteme mit allen Mitteln unterstützen zu müssen oder aber revolutionär-republikanischen Bewegungen freie Hand zu lassen, in der Hoffnung, es handle sich um nationalistische Bewegungen, die sich einst mit Dankbarkeit der amerikanischen Hilfe erinnern werden. Bis jetzt haben sich die Amerikaner allerdings stets bitter getäuscht, ob es sich nun um Mao-Tse-Tung, Fidel Castro oder Ben Bella handelt ...

Keine Aussichten für den Iman

Letzten Endes aber war es wohl die nüchterne Einschätzung der Erfolgschancen des Imans, seinen Thron wieder zu gewinnen, die für die Anerkennung des Regimes Sallal entscheidend waren. Es scheint festzustehen, dass die Garnisonen von Hoddeida, Saana und Taisz entweder von Anfang an die Revolte unterstützten oder sich ihr nach kurzem Zögern anschlossen. Von der regulären Armee, die übrigens weitgehend milizartigen Charakter zeigt, hat sich praktisch niemand für den Iman geschlagen. Die Armee sitzt in den Städten und kontrolliert auch, stellenweise zwar nur mühsam, die Verbindungswege. Der Iman stützt sich ausschliesslich auf einige Grenzstämme, die früher teilweise sogar gegen ihn waren, nunmehr aber auf Grund saudiarabischer Gold- und Waffenlieferungen zumindest vorübergehend gegen die Republik kämpfen. Wie lange diese Treue hinhält, ist schwer zu sagen, sind doch die diesbezüglichen Massstäbe im Orient von unseren Ehrbegriffen sehr verschieden. Auf jeden Fall sind die deutschen und amerikanischen Diplomaten an Ort und Stelle zur Ueberzeugung gelangt, dass der Iman zwar noch lange Kleinkrieg führen, seine Städte jedoch nicht mehr zurückerobern kann. Die militärische Unterstützung durch saudiarabische und jordanische Waffen und Instruktoren wird durch die massive ägyptische Intervention auf jeden Fall aufgewogen. Wie ungünstig die Chancen des Imans stehen, zeigt der Umstand, dass die in Saudiarabien lebenden, zwangsmobilisierten Yemeniten bei der ersten Gelegenheit desertiert haben sollen.

Anderseits ist die Freundschaft zwischen dem Iman und Saudiarabien erst jüngeren Datums, führten die beiden Staaten doch 1932—1934 Krieg und musste Yemen verschiedene Grenzgebiete an den siegreichen Ibn Saud abtreten. Gewisse yemenitische Kreise in Saana sprechen bereits von einer Revision des Friedensvertrages, doch sollen die Einwohner dieser Gebiete kaum Interesse für eine Rückgliederung zeigen, weil es ihnen in Saudiarabien relativ besser geht.

Die ägyptischen und yemenitischen Drohungen und Uebergriffe gegen Saudiarabien unter bewusster Provozierung der amerikanischen Interessen zeigen auf jeden Fall, dass eine blosse Anerkennung des republikanischen Regimes keineswegs genügt, um den Frieden und *status quo ante* in diesem Gebiet wiederherzustellen. Das saudiarabische Reich ist innen- wie aussenpolitisch sehr gefährdet und selbst in der königlichen Familie machen sich Auflösungserscheinungen bemerkbar.

Und Aden?

Besonders kompliziert erscheinen die Beziehungen der neuen Regierung Sallal zu England. Hier bilden die Kolonie Aden und die ihr verwaltungsmässig angegliederten arabischen Fürstentümer längs der yemenitischen Grenze ein noch ungelöstes Problem. Die seit vielen Jahren vom Iman erhobenen Forderungen nach Angliederung wurden von der republikanischen Regierung übernommen. Die Einwohner der betroffenen Fürstentümer scheinen jedoch an einem Anschluss an Yemen kein Interesse zu haben, da sie sich eines gehobeneren Wohlstandes erfreuen, der teilweise auf die von den Engländern eingeführten Baumwollpflanzungen zurückzuführen ist. Wenn auch Yemen propagandistisch laut auf eine Revision der Grenzziehung mit Aden besteht, so soll Sallal gesprächsweise mehrfach die Versicherung abgegeben haben, er interessiere sich gar nicht für diese Fürstentümer, müsse aber der yemenitischen öffentlichen Meinung einige Konzessionen machen. Man weiss aus bitterer Erfahrung, welchen Wert solchen unverbindlichen, privaten und mündlichen Zusicherungen beigemessen werden kann. Selbst wenn der sowjetische Einfluss noch nicht stark genug ist, um die yemenitische Aussenpolitik entscheidend zu beeinflussen, so muss doch mit den Einflüsterungen Nassers, dessen antienglische Einstellung bekannt ist, gerechnet werden. Auf jeden Fall haben sich die Engländer trotz aller yemenitischen Drohungen und Versprechungen noch nicht zu einer Anerkennung der Republik entschliessen können, vielleicht aber auch nur, weil sie noch in gewissen romantischen Vorstellungen aus der Zeit eines Lawrence of Arabia verstrickt sind ...

Die Aufnahme diplomatischer Beziehungen mit der neuen Regierung in Saana mag eine politische Notwendigkeit und damit unvermeidbar sein, ein Erfolg für den Westen ist sie jedoch nicht. Die Sowjets und die neutralisitischen Strömungen haben sich auch hier einmal mehr psychologisch und politisch einen Vorsprung sichern können.

DER KLARE BLICK ist die Zeitschrift des Schweizerischen Ost-Instituts zur Beobachtung der wirtschaftlichen und politischen Entwicklung im Ostraum

DER KLARE BLICK

Bern, 22. Mai 1963

Weitere Veröffentlichungen des SOI: Informationsdienst, Wirtschaftsdienst, Freier Korresp.-Dienst, Schriftenreihe Swiss Press Review and News Report.

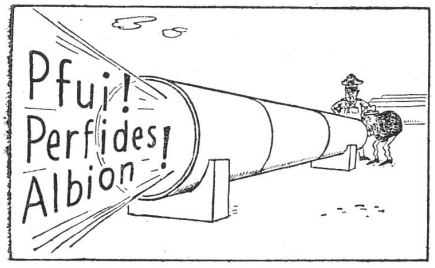
Unser Memo

Letzte Woche hat der britische Stahlkonzern South Durham Steel and Iron Company erstmals von Verhandlungen über die Lieferung grossformatiger Stahlröhren nach der Sowjetunion berichtet. Ein Preisangebot ist britischerseits bereits erfolgt.

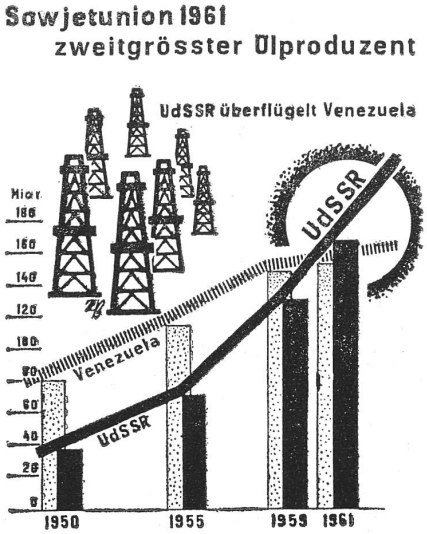
Damit hat die Empfehlung der Nato, den Export von Röhren aus westlichen Ländern nach der UdSSR zu sperren, zweifellos einen Misserfolgt zu verzeichnen, der allerdings in den Staaten vorauszusehen war, wo der Staat keine Handhabe besitzt, die Ausfuhr der einzelnen Firmen zu unterbinden. Die Röhren werden von der Sowjetunion zum Ausbau ihrer Erdölleitungen in erster Linie der sogenannten Comecon-Pipe-Line (Erdölleitung «Freundschaft») benötigt, welche mit Unterbrüchen bereits in die Volksdemokratien hineinreicht. Das System ist eine wichtige Voraussetzung für die oft genannte «sowjetische Erdöloffensive» in den Ländern des freien Marktes. Das bisherige rasche Voranschreiten der Arbeiten war dank westlicher Lieferungen von Rohmaterialien möglich gewesen, importierte doch die UdSSR in den letzten Jahren zunehmend aus westlichen Industriestaaten und Japan (1961 etwa 280 900 Tonnen Röhren).

Wie noch kürzlich Berichten der Sowjetpresse zu entnehmen war, sind die einheimischen Werke nach wie vor nicht in der Lage, den diesbezüglichen Bedarf zu decken, wenn auch grössere Anstrengungen zur Produktionssteigerung unternommen wurden, über deren Ausmass widersprüchliche Angaben gemacht wurden. Eine Abhängigkeit vom Import besteht jedenfalls auch heute noch fast unvermindert. Sein Ausbleiben würde mit der Verzögerung im Bau der Comecon-Pipe-Line auch den Ausbau der petrochemischen Industrie wesentlich beeinträchtigen.

Die Empfehlung der Nato, das strategisch und wirtschaftspolitisch hochwichtige Röhrenmaterial nicht nach der Sowjetunion auszuführen, wurde in der Bundesrepublik befolgt, wo vor dem Bundestag ein Exportverbot (knapp) durchgebracht wurde. England aber sieht keine gesetzliche Möglichkeit, seinen Firmen dieses Osthandelsgeschäft zu verbieten, so dass ein geschlossenes Embargo nicht zustande kommt.



Den einzigen Nutzen, den die Bundesrepublik aus ihren vom Embargo betroffenen Röhren, die zuvor für den Export nach der Sowjetunion bestimmt waren, noch ziehen kann: Als Sprachrohr, um Grossbritannien Beschimpfungen zuzurufen. So stellte es triumphierend die Zeichnung des sowjetzonalen «Bauern-Echo» dar.



Das Wachstum der sowjetischen Oelproduktion in ostdeutscher Darstellung.

Die Situation entbehrt nicht der Ironie: Ausgerechnet die Macht der «kapitalistischen Monopole», die das kommunistische System zum Verschwinden bringen will, erweisen sich als willkommen geheissene Helfer zur Stärkung seiner Macht. Uebrigens steht der Fall keineswegs isoliert da: Ein besonders spektakuläres Beispiel ähnlicher Art geben etwa die jetzt laufenden Verhandlungen Moskaus mit dem westdeutschen Grossunternehmen Krupp ab. Krupp ist seit Jahren von der gesamten kommunistischen Propaganda mit der Charakterisierung «Fabrikant des Todes» versehen worden. Das Weiterbestehen des Unternehmens wurde als Beispiel für die Uebernahme des «Faschismus» (den Begriff «Nationalsozialismus» kennt man im Ostblock bekanntlich nicht) durch den westlichen «Imperialismus im allgemeinen und den deutschen «Revanchismus» im besondern noch und noch zitiert. Das alles hindert nun keineswegs, dass Krupp in Moskau empfangen wird, wenn es um die Möglichkeit geht, ein Geschäft abzuschliessen.

So wird auch im Oelgeschäft das Profitdenken westlicher Firmen in den Dienst der kommunistischen Machtpolitik gestellt. Wie sie ihre Erdöloffensive durchzuführen gedenkt, zeigt etwa die Tatsache, dass die Volksdemokratien, welche zur Abnahme der Sowjetprodukte gezwungen sind, dafür höhere Preise zu zahlen haben als westliche Länder inklusive Nato-Staaten, deren Märkte durch Unterbietung gewonnen werden sollen. Die Differenz bezahlen also die Untertanen der «brüderlichen» RGW-Staaten. Diese im gesamten Comecon-System vorherrschenden Auffassung von «Brüderlichkeit» (Unterordnung des wirtschaftlichen Denkens unter das politische Machtdenken) bewirkt allerdings auch einen gewissen passiven Widerstand in den Parteigremien der einzelnen Volksdemokratien selbst, wie er sich in Rumänien und vielleicht ansatzweise auch in Bulgarien zurzeit feststellen lässt. Offenbar sind die höchsten Partei- und Diktaturgenossen der sowjetischen Wirtschaftspolitik gegenüber misstrauischer als der proklamierte Erzfeind der «kapitalistischen Monopole».

Der Schnappschuss

«Schlager des Kulturprogramms», das eine vom Klubhaus des sowjetzonalen «volkseignen» Fischkombinats Rostock zusammengestellte Gruppe während der «5. Arbeiterfestspiele» in Hoyerswerda aufführen will, wird der neue Gesellschaftstanz «Grypso» sein. Ein Greifswalder Student hat die Musik geschrieben und eine «sozialistische Arbeitsgemeinschaft» wird ihn einstudieren und vorführen. Mit dem neuen Tanz soll «ein Einbruch in die Vormachtstellung der westlichen Gesellschaftstänze bei uns erzielt werden.»

*

Mit einer Prämie von 350 Mark ist kürzlich in der SBZ eine Jugendarbeitsgruppe einer LPG ausgezeichnet worden. Sie hat in einem Wettbewerb um den besten Misthaufen der Republik den zweiten Platz belegt.

*

Wie man in Rumänien den 1. Mai feierte: «Auf den Aeckern des Rayons Schässburg war man an diesem klaren Frühlingstag, dem 1. Mai, fleissig am Werk; es mussten Arbeiten bewältigt werden, die keinen Aufschub duldeten.» Die Arbeit, so liest man weiter, dauerte von morgens 6 Uhr bis abends 18 Uhr. «Neuer Weg», Bukarest.

*

Am 27. April ist die erste elektrische Eisenbahnlinie Bulgariens in Betrieb genommen worden. Es handelt sich um die Strecke Sofia—Plovdiv, an deren Ausbau sich die Sowjetunion und die Tschechoslowakei beteiligt haben. Die erste elektrische Lokomotive für diese Linie wurde in der Fabrik «W. I. Lenin» in Pilsen (CSSR) gebaut. Zur Elektrifizierung stehen jetzt die Linien Russe—Gorna Orjahovica und Gorna Orjahovica—Pleven, Pleven—Mezdra auf dem Programm.

*

Das zentrale Verteilernetz der Vereinigten Energiesysteme im RGW (siehe KB, Nr. 7 «Comecon-Verbundnetz») vermittelt dieses Jahr bereits den Austausch von mehr als einer Milliarde kWh elektrischen Strom. Jetzt wird auch Rumänien an das System angeschlossen, und die Stromlieferungen aus der Sowjetunion nach Ungarn soll in nächster Zeit erheblich erhöht werden. Das Volumen des Stromaustausches wird voraussichtlich dieses Jahr zwei Milliarden kWh erreichen. (Dem Netz sind Bulgarien, CSSR, Ungarn, SBZ, Polen, Rumänien und die Sowjetunion angeschlossen.)

Erstmalig kein Bevölkerungsrückgang

Das Jahr 1962, das erste vollständige Jahr nach Errichtung der Mauer in Berlin, durch die die Fluchtbewegung aus der Zone so gut wie zum Stillstand gebracht worden ist, ist das erste Jahr nach 1945, das der Sowjetzone keinen Bevölkerungsrückgang gebracht hat. Dies wird aus jetzt vorliegenden Angaben über die Gemeinden der Sowjetzone mit 20 000 und mehr Einwohnern bekannt, deren Zahl von 97 Ende 1961 auf 100 Ende 1962 angestiegen ist. Die drei neuen Gemeinden mit über 20 000 Einwohnern sind Torgau (20 260), Sondershausen (20 487) und Eilenburg (20 820).